

Vortrag an den Ministerrat

Bericht über die Tagung des Rates der Europäischen Union (Landwirtschaft/Fischerei in Brüssel am 15. November 2021)

Am 15. November 2021 wurde der Rat Landwirtschaft und Fischerei unter dem Vorsitz des slowenischen Ministers für Landwirtschaft, Jože Podgoršek, in Brüssel abgehalten. Frau Bundesministerin Elisabeth Köstinger leitete die österreichische Delegation. Die Kommission wurde durch die Kommissarin Stella Kyriakides (Gesundheit) und Kommissar Virginijus Sinkevičius (Umwelt, Meere und Fischerei) vertreten. Im Vordergrund stand die Annahme der Schlussfolgerungen des Rates zur EU Waldstrategie für 2030 sowie der Bericht zur aktuellen Lage auf den Agrarmärkten.

Der slowenische Vorsitz informierte zunächst über die „EU Waldstrategie 2030“ und verwies auf die politische Diskussion, die im Oktober im Rahmen des Rates Landwirtschaft und Fischerei sowie auch im Rat Umwelt bereits geführt wurden. Der Vorsitz betonte die wichtige Rolle der Wälder für die Wirtschaft und Gesellschaft, ebenso wie den positiven Beitrag des Waldes zum Klimawandel. Weiters führte der Vorsitz aus, dass die vorliegende EU-Waldstrategie eng mit anderen EU-Strategien verknüpft ist, die ebenso walddpolitische Bedeutung aufweisen und eine Kohärenz der waldbezogenen Politik in der EU daher unabdingbar sei. Die Landwirtschaftsministerinnen und –minister der EU begrüßen die Schlussfolgerungen des Rates zur neuen EU-Waldstrategie für 2023 und haben diese angenommen.

Unter dem Tagesordnungspunkt „Marktlage“ informierte die Europäische Kommission über die aktuelle Lage auf den Agrarmärkten. Diese ist mit Ausnahmen einzelner Sektoren positiv zu werten. Obwohl der Agrar- und Lebensmittelsektor insgesamt gut abschnitt, wiesen die Mitgliedstaaten insbesondere auf die Auswirkungen der steigenden Energie-, Betriebsmittel- und Futtermittelkosten hin, die sich negativ auf die Landwirtschaft auswirken. Unter diesem Tagesordnungspunkt präsentierte Litauen mit Unterstützung von

13 Mitgliedsstaaten, unter anderem auch Österreich, eine gemeinsame Erklärung zur „Krise am Schweinefleischsektor“. In der Erklärung wird auf die besorgniserregende Lage am Schweinefleischmarkt hingewiesen und es werden dringende Sondermaßnahmen der EU im Rahmen der Verordnung über die gemeinsame Marktorganisation gefordert. Die unterstützenden Mitgliedsstaaten betonten die schwierige Marktsituation aufgrund gestiegener Betriebsmittelpreise, der afrikanischen Schweinepest sowie der Covid-19 Pandemie. Aber auch der Rückgang bei Exporten übt zusätzlichen Druck auf den Markt aus.

Unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ informierten der Vorsitz und die Kommission über den aktuellen Stand der Konsultationen mit dem Vereinigten Königreich zu den Fischereifangmöglichkeiten 2022. Der Vorsitz berichtet außerdem über die „EU-Woche der Bestäuber 2021“, die von 27. bis 30. September stattfand. Die europäische Kommission informierte über die Videokonferenz „Vom Hof auf den Tisch: Gemeinsam nachhaltige Lebensmittelsysteme aufbauen“, welche am 14. und 15. Oktober stattgefunden hat sowie über die Mitteilung zum Notfallplan zur Gewährleistung der Nahrungsmittelversorgung und Ernährungssicherheit in Krisenzeiten. Die Kommission gab außerdem einen Überblick über die Agrarverhandlungen im Vorfeld der 12. WTO-Ministerkonferenz. Spanien informierte über die Auswirkungen und enormen Folgeschäden des Vulkanausbruches Cumbre Vieja auf La Palma. Unter dem Tagesordnungspunkt „Schwierigkeiten beim Umgang mit den Populationen von Braunbären und Wölfen“ stellte die Slowakei, unterstützt von Deutschland, Finnland, Tschechien, Rumänien und Österreich, die aktuelle Problematik betreffend die Populationen von Braunbären und Wölfen vor. Hier gilt es europaweite, praktikable und langfristige Lösungen zu finden. Die ungarische Delegation unterstützt durch Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Slowakei und Tschechien informierte über eine „Gemeinsame Erklärung zur Notwendigkeit eines transparenten Verfahrens für die Annahme der GAP-Strategiepläne und der Funktionsfähigkeit des neuen Umsetzungsmodells“.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

10. Dezember 2021

Elisabeth Köstinger
Bundesministerin